

Der Corona-Kulturkampf

Ein scheinbar unverwüstliches Geschäftsmodell kam durch das Virus zu einem abrupten Ende. Man kann nicht beides haben: die Freiheiten des Marktes und die Sicherheit des Staates.

Gastkommentar

von Michael Wimmer

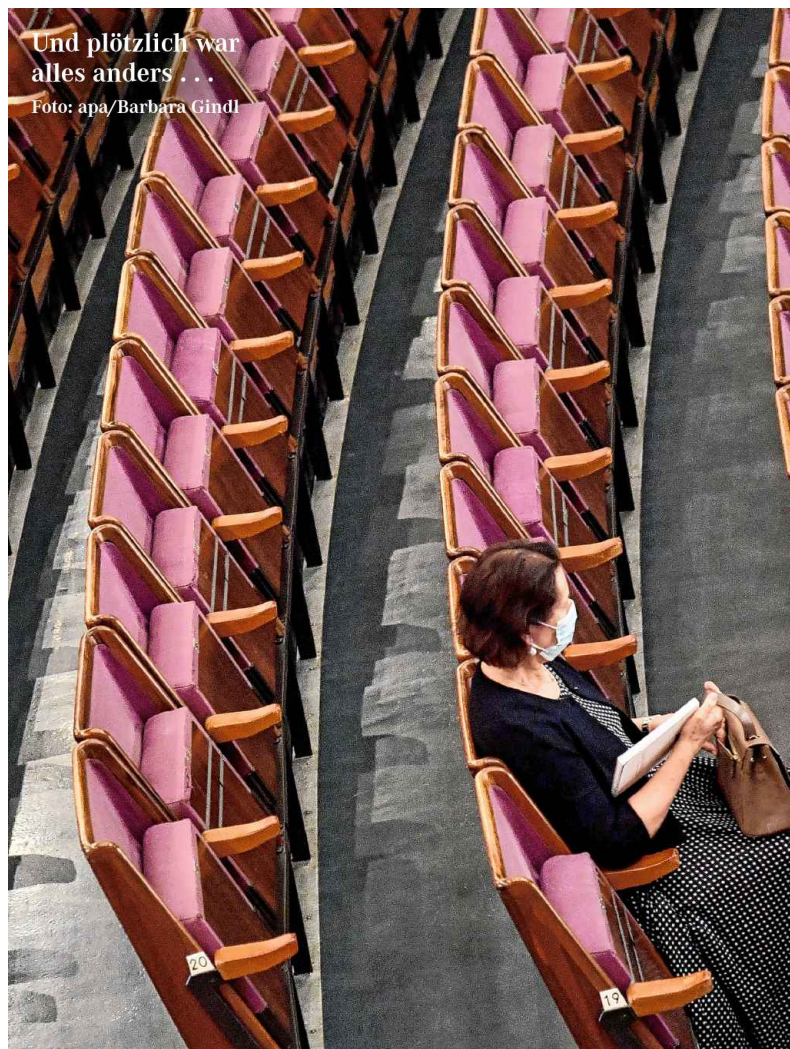
Das Gefecht ist eröffnet: In beispielloser Manier forderte jüngst der Direktor der Albertina, Klaus Albrecht Schröder, die temporäre Schließung des Theaterbetriebs. Postwendend erhielt er einen polemischen Ohrenreißer von Staatsopern-Direktor Bogdan Rošćić, der ihm Eitelkeit und völlige Unkenntnis vorwarf. Wir durften nach Herbert Föttinger und Lukas Resetarits einmal mehr erleben, wie sich Österreich kulturpolitisch verständigt: Einige wenige Platzhirsche profilieren sich in der Öffentlichkeit, während alle übrigen Akteure gebannt und schweigsam den Ausgang verfolgen. Diese Situation wollten die Veranstalter der Lockenhauser Kulturgespräche bewusst durchbrechen. Nicht über die Musikbranche sollte geredet werden; stattdessen sollten die Betroffenen (Veranstalter, Musiker und Komponisten) miteinander ins Gespräch kommen – abseits jeglicher medialer Aufgeregtheit.

War vor Corona alles gut in der Musikszene Österreichs? Erst jetzt wird klar, dass in der Nachkriegszeit ein spezifisches Musikformat verbindlich gemacht wurde, das bis gestern den Musikbetrieb uneingeschränkt bestimmt hat. Als Inbegriff der „richtigen“ Wahrnehmung von Musik erfuhrt das klassische Symphoniekonzert, bei dem einer Hundertschaft höchstspezialisierter Musiker auf der Bühne rund 2.000 Zuhörer in militärischer Reih und Glied gegenüber saßen. Eng verbunden war damit das Selbstverständnis der Akteure, einen Beitrag zur nationalen Identitätsversicherung zu leisten und damit den politischen Status quo zu festigen und zu vertiefen. Das offizielle Österreich bedankte sich mit der Inauguration, die „Kulturnation Österreich“ zu repräsentieren.

Signifikanten Einspruch erhob die alternative Kulturbewegung seit den späten 1960er Jahren. Konkret galt es, die Deutungshoheit eines Old-Boys-Network über den musikalischen Kanon und seine von ihm streng gehütete Aufführungspraxis zu brechen. Der Preis waren prekäre Realisierungsbedingungen einer neuen Künstlergeneration am Rande des Musikbetriebs. Und in der Folge – schon aus Überlebensgründen – eine zunehmende Verähnlichung mit der Aufführungspraxis, gegen die ihre Vertreter ursprünglich angetreten waren. Das Ergebnis: more of the same.

Die Kulturpolitik der 1970er Jahre versuchte erst gar nicht, die dominierende Repräsentationsfunktion der wenigen großen Tanker in Zweifel zu ziehen. Sie begnügte sich damit, den neu entstandenen Freien Bereich mit Almosen abzuspeisen und als wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der Kultur zu verkaufen.

Als in den 1990er Jahren der Neoliberalismus auch die österreichische Kulturpolitik erfasste, sah der traditionelle Musikbetrieb die Chance, den Anspruch einer größeren Selbständigkeit zu stellen. Die Nachfrager auf dem Musikmarkt sollten über den Erfolg ent-



cheiden. Dass über all dem längst eine Medienindustrie thronte, die die Produktionsbedingungen des Musikbetriebs überformt hatte, nahm man bestenfalls am Rande wahr.

Die Notwendigkeit, den Musikbetrieb neu zu denken

Dann kam der Tag X, von dem alles anders sein sollte. Die Regierung verordnete Mitte März die Schließung des Kulturbetriebs, die Spielpläne und Saisonplanungen wurden zur Makulatur, und das Publikum musste zwangsweise zu Hause bleiben. Schon rasch stellte sich die Sinnfrage, als der Lockdown ganz offensichtlich machte, dass die österreichische Gesellschaft auch ohne Live-Kulturangebot weiter funktionieren konnte und sich der Aufschei der Bevölkerung (vor allem aber der Politik) in Grenzen hielt. Ein scheinbar unverwüstliches Geschäftsmodell kam zu einem abrupten Ende.

Vertreter großer Veranstalter und Orchester aus ganz Österreich ebenso wie freie Musiker und Komponisten, die es leid waren, ihre Befürchtungen allein zu Hause zu wälzen, trafen sich nun auf Burg Lockenhaus, um sich über Genre-Grenzen hinweg über Formate, Publikum und Kulturpolitik auszutauschen. Naturgemäß richtete sich das erste Interesse auf staatliches Handeln, dessen Wirksamkeit von vielen Künstlern schmerzlich vermisst wird. Wenn ein Diskutant meinte, die Kulturpolitik sei „in den vergangenen zwanzig Jahren systematisch heruntergewirtschaftet worden“, dann beschrieb er damit den schleichenden Rückzug des Staates als Garant des Musikbetriebs. Im Zuge der neuen Selbständigkeit auf dem Markt haben dessen Vertreter offenbar nur ungenügend antizipiert, dass man nicht beides haben kann: die Freiheiten des Marktes und die Sicherheit des Staates.

In der devastierten Arena der Kulturpolitik agiert eine Kunst- und Kulturbürokratie, die sich immer noch an einem feudalen Gewährsmodus abarbeitet und wenig Interesse zeigt, entlang neuer Produktions- und Rezeptionsweisen selbst initiativ zu werden. Was bleibt, sind die schieren Marktkräfte, deren Logik mittlerweile bestimmenden Einfluss auch auf die staatliche Förderpraxis nimmt. Auf dieser Grundlage kann sich staatliche Politik zwar dazu verständigen, Hilfsprogramme für den Musikbetrieb aufzulegen; alle darüber hinausgehenden Hoffnungen, den Musikbetrieb konzeptionell neu aufzusetzen oder ihm eine Rolle in der Bewältigung der Krise zuzuweisen, können von ihr aber nicht mehr eingelöst werden.

Zusammenbruch des Marktes, Selbstabschaffung staatlicher Kulturpolitik – wie kann da ein Neuanfang gelingen? Vor ein paar Tagen hat sich eine neue Interessengemeinschaft der freien Musikschaffenden etabliert, die sich in Lockenhaus präsentieren konnte. Dieser erfreuliche Umstand konnte aber nicht verbergen, dass viele Freischaffende noch immer von einem apolitischen Berufsbild geprägt sind. Allein der Gedanke, eigene Interessen zu haben, geschweige denn diese mit anderen zu teilen, ließ einige Teilnehmer an ihrem Künstlerbild zweifeln.

Isolierung der Akteure innerhalb des Musikbetriebs

Wenn die Kulturpolitik der vergangenen Jahre etwas erreicht hat, dann ist es die Durchsetzung eines Systems des „divide et impera“. Die Folge ist eine Isolierung der Akteure innerhalb des Musikbetriebs, die sich untereinander vor allem in gegenseitigen Konkurrenzverhältnissen empfinden. Abhandengekommen ist dabei die Fähigkeit, sich bei aller Kompetitivität in zentralen Fragen zu verständigen und in Ko-

operation zu üben. Eine solche neue kooperative Haltung führt notwendigerweise zur Erweiterung künstlerischer Berufsbilder, die Organisations- und Regionalentwicklung ebenso umfassen wie Bildungs- und Sozialarbeit.

Dass dies keinerlei negative Auswirkungen auf die künstlerische Qualität haben muss, haben vielfältige Beispiele bereits eindrucksvoll bewiesen. Während wir uns heute fragen, ob große Orchesterformationen, die bisher den Betrieb dominierten, außerhalb musealer Nischen noch eine Zukunft haben, hätte es der freie Bereich in der Hand, den Musikbetrieb neu auszurichten. In den vergangenen Jahren hatten die „Freien“ die Funktion einer wenig bedankten Forschungs- und Entwicklungsabteilung und machten sich auf die Suche nach neuem Publikum, neuen Interaktionsformen und neuen Formaten. Damit liefern sie heute den Stoff, aus dem der Weg aus der Krise gebaut werden könnte.

Nicht die Wiederholung des Immergleichen kann das Ziel sein, sondern die Entwicklung von Angeboten, die einen Anfang, einen Höhepunkt, aber auch ein Ende kennen. Die Losung eines Festivalintendanten, sich dabei weniger an den Ansprüchen der Musik an das Publikum zu orientieren, sondern an den Ansprüchen des Publikums an die Musik, könnte hierfür eine gute Leitlinie bilden.

Verständigung über Grenzen hinaus

Angesprochen wurde eine Reihe von nötigen kulturpolitischen Maßnahmen: Diese reichen von der Durchsetzung adäquater Bezahlung bei Streaming-Diensten über die Valorisierung von Förderzusagen bis zur Bindung von Förderungen an eine sozial abgesicherte Mindestentlohnung. Einen zentralen Stellenwert nahm die Einführung eines voraussetzungslosen Grundeinkommens ein. Dabei fand sich kein Diskutant, der dies auf den Kunst- beziehungsweise Musikbetrieb beschränkt wissen wollte.

Die vielleicht entscheidende Qualität des Treffens bestand darin, dass sich Kulturschaffende über Grenzen hinaus verständigt haben. Wer in Lockenhaus die Koryphäen der Alten Musik im Gespräch mit dem führenden Vertreter der österreichischen Jazzszene gesehen hat, erkannte unmittelbar, dass beide einander viel zu sagen haben. Erfreulicherweise wird dieses Gespräch spätestens im nächsten Jahr eine Fortsetzung finden. ■

Zum Autor

Michael Wimmer ist Gründer und Direktor des Forschungsinstituts Educult sowie an der Universität für angewandte Kunst, der Universität für Musik und darstellende Kunst und der Universität Wien tätig. Er war Mitglied der Expertenkommission des Unterrichtsministeriums zur Einführung der Neuen Mittelschule und hat auch den Europarat, die Unesco und die EU-Kommission beraten.

Zum Leitartikel von Thomas Seifert, 12. August

„Gürtelfrische West“ und der Autoverkehr in Wien

Ich teile die grundsätzliche Aussage, dass die öffentlichen Verkehrsflächen Wiens nicht zum Dauerparken dienen können. Aber das Credo „Autos raus aus der Stadt“ ist in dieser Form entweder naiv oder eine politische Aussage vor einer bevorstehenden Wahl.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Wien mit seinen Grünanlagen als Hauptstadt eines Staates einzigartig dasteht: Wienerwald, Lainzer Tiergarten, Alte Donau, Neue Donau, Lobau – und Wien hat in den vergangenen Jahren 204 Parks neu errichtet oder nach einer umfassenden Umgestaltung neu eröffnet. Es hätte daher in jedem Bezirk ein „cooles Wien“ eingerichtet werden können. Ohne dass dies auf einer stark befahrenen Kreuzung sein muss, wobei noch hinzukommt, dass eine solche Bauführung mit dem städtischen Flächenwidmungs- und Bauplan in rechtlichem Widerspruch steht.

Wenn also mehr als genügend städtische Grünflächen als Erholungsflächen vorhanden sind, ist das eine mutwillige und vorsätzliche Tat aus ideologischen Gründen. Sie behindert und verzögert den Verkehrsfluss, belastigt und gefährdet sogar die Anwohner jener Bereiche, wohin ausgewichen wird. Dass der rote Bezirksvorsteher des 15. Bezirkes angeblich dabei mitgespielt hat, macht ihn rücktrittsreif.

Dr. Heinrich Geuder,
1180 Wien

Den Bürgern mit gutem Beispiel vorangehen

Will Österreich noch grüner werden? Die Kurz/Kogler-Regierung beabsichtigt, Halter von hochgetunten Pkw sowie von SUVs mittels Hochtunen der Kfz-Abgaben zum Nachdenken anzuregen. Zugleich wird allen Haltern von verbrauchsarmen Kraftfahrzeugen eine jährliche Ersparnis von circa 250 Euro in Aussicht gestellt. Alles wäre noch schöner, vor allem auch glaubwürdiger, würden im gleichen Verfahren die Limousinen der Minister gegen verbrauchsarme Pkw eingetauscht.

Hans Gamliel,
CH-9400 Rorschach

Leserbriefe werden nur abgedruckt, wenn sie mit vollständiger Adresse versehen sind und von den Verfassern Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.

Sudoku-Lösung

5	8	7	9	6	2	1	4	3
1	6	3	7	5	4	8	2	9
9	2	4	3	8	1	6	7	5
3	4	5	8	1	6	2	9	7
6	9	1	2	7	5	4	3	8
8	7	2	4	9	3	5	6	1
7	1	6	5	4	9	3	8	2
4	3	8	1	2	7	9	5	6
2	5	9	6	3	8	7	1	4

Auflösung von Seite 24.

7	9	6	5	2	8	1	3	4
4	3	8	1	7	6	2	9	5
1	5	2	3	9	4	6	8	7
3	7	5	6	4	9	8	1	2
8	1	9	2	3	5	4	7	6
2	6	4	8	1	7	9	5	3
6	8	3	4	5	1	7	2	9
5	4	7	9	8	2	3	6	1
9	2	1	7	6	3	5	4	8

A

B